

# UNION IN DEUTSCHLAND

Informationsdienst der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union Deutschlands  
HERAUSGEGEBEN VON BRUNO DÖRPINGHAUS

## Deutschland-Union-Dienst (DUD)

Ausgabe für alle Mitarbeiter in der CDU/CSU

Verlag und Redaktion Frankfurt a. M., Bettinastraße 64 - Fernruf 77178/77906/75924

Zahlungen an: Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU Deutschlands auf: Postscheckkonto Frankfurt a. M. Nr. 399 67  
Hessische Bank Frankfurt a. M. Nr. 125739; Mitteldeutsche Kreditbank Frankfurt a. M. Nr. 36099

Nr. 15 / 4. Jahrgang

Frankfurt a. M., 25. Februar 1950

Seite 1

### A IV 1 d Kirchen

## Der evangelische Christ in der CDU

Das mit dieser Überschrift angesprochene Thema hat zum Ausgangspunkt diese geschichtliche Tatsache: der Terrorismus der Hitlerzeit hat Männer und Frauen des evangelischen und des katholischen Glaubens zu gemeinsam ertragenem Märtyrertum und zu der gemeinsam erlebten Erkenntnis zusammenggeführt, daß das Christentum in seiner Ganzheit aufgerufen ist, der Flutwelle der persönlichen Unfreiheit und der Entrechtung, der Vergewaltigung und der Gewissensknechtung für alle Zeit einen unübersteigbaren Damm entgegenzusetzen. Diesem christlichen Geist auch im politischen Raume zum Durchbruch zu verhelfen, haben sie sich in der Christlich-demokratischen und in der Christlich-sozialen Union zusammengeschlossen, d. h. in einer Volkspartei, die in bewußter Abkehr von den konfessionell gebundenen Parteigruppierungen der früheren Zeit sich ausschließlich der christlichen Idee und den aus ihr resultierenden Verpflichtungen verbunden weiß. Nicht von allen Kreisen unseres Volkes wird die Notwendigkeit einer einheitlichen christlichen Volkspartei bejaht. Wir wissen um die Bestrebungen des Zentrums, das diese Einheit durchbrochen hat und wir wissen um die Neigungen evangelischer Wählergruppen. Von beiden Erscheinungen gilt, daß sie — aus welchen Gründen auch immer — den Gedanken an die Konfession höher werten als den einer christlichen Taggemeinschaft. Um der Einheit des christlichen Volkes willen, die das gemeinsame Einigende über das persönliche Besondere stellt, können wir nicht anders als die Existenz dieser selbständigen Gruppen im Bereich der praktischen Politik bedauern.

Wir wissen sehr wohl, daß sich in diesem Bereiche auch die überzeugungskräftigsten Prinzipien nicht immer durchzusetzen vermögen. Was vom Christlichen her als notwendig erkannt und gewollt wird und sich geradezu als kategorischer Imperativ darstellt, gerät immer wieder in Gefahr, von anderen Anschauungen überrannt und von der Fülle der Sorgen und Aufgaben überschüttet zu werden. Oefter als uns lieb ist, muß das Wesentliche hinter das Nebensächliche zurücktreten, und im Ringen um die Realisierung des Wesenhaften sind Auseinandersetzungen um die Methode eine unausbleibliche Erscheinung. Solche Feststellungen sind ein Charakteristikum des parlamentarischen Systems, das im politischen Tageskampf als selbstverständlich hingenommen werden muß. Entscheidend wird immer sein, daß wir in unseren eigenen Reihen alles vermeiden, was die Einheit gefährden könnte und daß wir dem politischen Gegner als eine geschlossene Phalanx gegenüberreten. Die Gewissensforschung darüber, ob das immer und überall geschehen ist, ist jedem einzelnen von uns aufgegeben.

Es sind auf beiden Seiten Fehler gemacht worden, Fehler, die zumeist in der menschlichen Unvollkommenheit begründet sind — auch taktische Fehler, die durchaus hätten vermieden werden können. Manche unnötige Schärfe ist durch ungeschickte Erörterungen der Schulfrage in unsere Reihen hineingetragen worden. In der Personalpolitik sind Mißgriffe geschehen. Die Südweststaatsfrage droht dank dem politischen Auftreten von Dr. Josef Wirth in eine konfessionelle Streitfrage auszuarten. Gewisse politische Formulierungen des Kirchenpräsidenten Niemöller haben beträchtliche Verwirrung angerichtet.

Wir bedauern es auf das lebhafteste, daß auf diese Weise von außen her das Ferment der Unruhe in die Reihen der CDU/CSU hineingetragen worden ist. Die Südweststaatsfrage ist keine Frage, die vom Konfessionellen her beurteilt werden darf. Wer sie aus falsch verstandener Heimatliebe unter die Alternative: hie katholisches Baden — hie evangelischer

Südweststaat stellt, treibt Mißbrauch mit dem guten Glauben jener, die die größeren Zusammenhänge nicht zu erkennen vermögen — der hetzt die evangelischen und die katholischen Mitglieder der CDU gegeneinander auf, und der treibt letzten Endes diese Menschen jenen in die Arme, denen das Christentum nicht mehr wert ist als eine ausgelegte Zitrone! Es kann nicht deutlich genug gesagt werden, daß die Freudenstadter Beschlüsse der zuständigen Gremien der weitaus größten Partei der drei beteiligten Länder, nämlich der CDU, für die Gesamtheit des christlichen Volksteiles eine tragfähige Grundlage darstellen, über die staatliche Umgliederung in voller Freiheit und Selbstverantwortung zu entscheiden. Es muß mit aller Eindringlichkeit gefordert werden, daß diese Entscheidung möglichst bald getroffen und damit den Unruhestiftern der Boden entzogen wird.

Eine größere Bedeutung — räumlich und thematisch — messen wir den politischen Äußerungen des Kirchenpräsidenten Niemöller bei, die uns heute leider erneut zu einer grundsätzlichen Bemerkung veranlassen. Wir tun das in schuldiger Achtung vor dem Manne, dessen persönliche Integrität und dessen christliche Haltung für uns über jeden Zweifel erhaben ist. Mit ihm verbindet uns die gleiche brennende Sehnsucht nach der Einheit des deutschen Volkes und die heiße Angst, daß Millionen deutscher christlicher Menschen jenseits des Eisernen Vorhanges uns für immer verlorengehen könnten. Wir sind mit Herrn Niemöller auch durchaus der Auffassung, daß die westdeutsche Bundesrepublik kein Ende, sondern nur Etappe sein kann und darf und daß jeder Weg, der Aussicht auf Erfolg bietet, gegangen werden muß, um der unermeßlichen deutschen Tragödie in der Sowjetzone ein Ende zu machen. Nicht folgen können wir ihm dagegen in der These, daß mit der Errichtung der deutschen Bundesrepublik die Wiederherstellung der deutschen Einheit erschwert oder gar verhindert worden ist. Dieser Schritt war vom deutschen Standpunkt aus eine zwingende politische Notwendigkeit. Vor allem bleibt es bis zum Beweis des Gegenteils eine Hypothese im luftleeren Raume, daß der westdeutsche Staat von katholischen Politikern als Kampfinstrument gegen die evangelischen Christen geschaffen worden sei oder dazu mißbraucht werde. Zur Rechtfertigung einer solchen Annahme reicht auch der Satz nicht aus: den Herr Niemöller in seiner programmatischen Erklärung im „Wiesbadener Tagblatt“ vom 11./12. Februar zum Ausdruck bringt:

„Ich bin überzeugt, daß Myron Taylor als Sonderbotschafter Roosevelts und später Trumans in Rom an dieser ganzen Zweiteilung Deutschlands und der damit heraufbeschworenen verstärkten Friedensgefährdung nicht unbeteiligt gewesen ist.“

Das ist nach unserer Auslegung lediglich eine andere, vorsichtiger Formulierung für die von Herrn Niemöller schon früher ausgesprochene Behauptung, daß der westdeutsche Bundesstaat in Rom gezeugt und in Washington geboren worden sei. Was heißt das denn anders — den Gedanken zu Ende gedacht — als daß die Amerikaner die Zweiteilung Deutschlands gewollt haben, daß diese Zweiteilung in der Absicht und mit dem Ziele der konfessionellen Verhetzung herbeigeführt wurde und daß die Regierung Adenauer als Werkzeug dieser amerikanischen Politik der Exponent dieser konfessionellen Veruneinigung sei. Hier liegt im Grunde der wesentliche Punkt der Auseinandersetzung, und wir stehen nicht an zu erklären, daß wir eine solche Beweisführung nicht nur für bedenklich, sondern im Hinblick auf die gesamte politische Situation auch für gefährlich halten. Herr



# Reiche Fluren karge Äcker...

Reich, fruchtbar, unerschöpflich ist der gesegnete Boden des klassischen Tabaklandes Virginia. In seinen üppigen Plantagen wächst ein wahrhaft „großer“ Tabak - großartig durch den machtvollen Wuchs der Pflanzen und Blätter, großartiger noch durch seinen kraftvoll würzigen Geschmack, auf den selbst verschworene Anhänger der Orient-Cigarette nicht verzichten wollen.

Aus kargen Äckern und mageren Böden „zieht“ der Tabakbauer des Orients seine zarten, kostbaren Pflanzen. Nur hungernde Pflanzen in humusarmen Böden vermögen jenes köstliche Aroma zu entwickeln, das den kraftvoll würzigen Geschmack der **JOE** so unvergleichlich abrundet.

**TABAKLAND VIRGINIA**  
und **TABAKLAND ORIENT**  
geben ihr Bestes zum Besten der **JOE**



*mild und süß*



Niemöller macht es denen, die ihm auf diesem Wege nicht zu folgen vermögen, nicht allzu schwer seine These abzulehnen, wenn er, unmittelbar anschließend an die zitierte Stelle, weiter schreibt:

„Die Wiedervereinigung des deutschen Volkes ist eine unabdingbare Voraussetzung für einen dauerhaften konfessionellen Frieden.“

Das heißt nach unserer Meinung doch nichts anderes, als daß die derzeitige staatsrechtliche Konstruktion den konfessionellen Frieden notwendigerweise stört und die westdeutsche Regierung für diese Störung ursächlich verantwortlich ist! Auch das ist eine Verkennung der realpolitischen Tatsachen und ein verhängnisvoller Irrtum! Die Politik der Bundesregierung bietet schon nach ihrer Zusammensetzung volle Gewähr dafür, daß der konfessionelle Friede gewahrt bleibt. Die CDU als die maßgebliche Trägerin dieser Regierung würde einen politischen Selbstmord begehen, wenn sie ihre Grundprinzipien in solch flagranter Weise verletzen würde. Mit allem Ernst muß aber die Frage gestellt werden, ob nicht die Christliche Volkspartei in der Verwirklichung ihrer Zielsetzungen ein großes Stück weitergekommen wäre, wenn der evangelische Volksteil in den entscheidenden Gewissensfragen etwas von der inneren Geschlossenheit bewiesen hätte, die dem katholischen so oft nachgesagt wird. Daß der evangelische Volksteil in der Ostzone unter der Trennung stärker zu leiden hat als der katholische, ist nicht von der Hand zu weisen, da er rein zahlenmäßig der weitaus größere ist. Wenn Herr Niemöller deshalb die evangelischen Christen im Westen aufruft, sich ihrer Verpflichtung bewußt zu bleiben, dann darf er dabei unserer vollen Unterstützung sicher sein. Wir sind uns des christlichen Gebotes der Nächstenliebe zu sehr bewußt, als daß wir jene Glaubensbrüder und -schwestern jenseits von Werra und Elbe auch nur einen Augenblick lang vergessen könnten. Wir vermögen allerdings nicht einzusehen, daß das himmelschreiende Unrecht, das diesen Menschen zugefügt worden ist, im westdeutschen Bundesstaat Ursache und Anlaß zum konfessionellen Unfrieden sein muß.

Wir wissen uns in dieser Ueberzeugung eins mit dem Landesbischof Dr. Dibelius, der Mitte Januar dieses Jahres das einigende Band zwischen den weltlichen Gewalten unserer westdeutschen Bundesrepublik und der evangelischen Kirche geknüpft hat. Vor der Kölner Gemeinde sprach er das schicksalhafte Wort, daß man im Westen den Kriegsausgang als bittere Niederlage empfinde, in Mitteldeutschland aber als „apokalyptische Katastrophe“. In Bonn sprach Dr. Dibelius mit dem Bundespräsidenten, mit dem Bundesminister Kaiser über die Not der Zerreißung Deutschlands und den Dienst, welchen die evangelische Kirche zur Ueberwindung tun wolle. Er besprach mit dem Bundesfinanzminister das Flüchtlingsproblem und die Wege zur Milderung der Not der Vertriebenen. Er trug dem Bundeskanzler, hohen Staatsbeamten und Bundestagsabgeordneten seine ernststen Anliegen vor, und im Gespräch mit Kardinal Frings wurde die wiederholt bekundete Bereitschaft bei der kirchlichen Zusammenarbeit an den gegenwärtigen Aufgaben weiter vertieft. Sein Bericht über die Kirche in der Ostzone und seine Beurteilung, daß man trotz aller Schwierigkeiten

in die innere Kraft der Kirche Vertrauen setzen dürfe, konnte wohl wertvolle Rückschlüsse für das Verhältnis von Kirche und Staat im Westen vermitteln. Wenn man diese Begegnungen allerdings nur politisch deuten wollte, wäre dies eine Verkennung evangelischen Wesens und Wollens. Eines darf aber wohl gesagt werden: Die evangelische Kirche ist aufgeschlossen für das Ringen und den Aufbauwillen der Zeit und will mithelfen zum neuen Ordnen und Gestalten in Volk und Staat. Wir glauben daher, daß diese Begegnungen gerade von den evangelischen Freunden in der CDU/CSU als ein Ansporn zu weiterer Tatbereitschaft begrüßt worden sind. In ihnen wird sichtbar, daß die Vielzahl der Aufgaben die Gesamtheit des christlichen Volkes angeht und daß sie zum anderen nur gelöst werden können in der Zusammenarbeit mit einer Bundesregierung, die das Christentum aus innerster Ueberzeugung bejaht.

Uns scheint, daß es gerade die weltweite Aufgabe des westdeutschen christlichen Volkes sein sollte, in Eintracht und im Glauben zusammenzustehen und alles für die Wiedervereinigung zu tun: in der Politik, im Handeln und Verhandeln und vor allem im Gebet! Wer wollte denn behaupten, daß es den katholischen Volksteil weniger schmerzlich berührt, daß das katholische Volk Polens, der Slowakei, Ungarns und eines Teiles von Oesterreich dem Christentum entrissen worden ist. Die Spaltung unseres christlichen Volkes findet ja nicht an den deutschen Grenzen ihr Ende. Sie greift weit darüber hinaus; ganze christliche Völker mitsamt ihrer ehrwürdigen Kultur sind dem Moloch des Bolschewismus zum Opfer gefallen. Das ist ein ungeheurer folgenreicher Einbruch in die Einheit des christlichen Abendlandes und ein Substanzverlust, der vielleicht erst in Jahrhunderten wieder aufgeholt werden kann. Gewiß — wir wollen die Wiederherstellung der deutschen Einheit um der deutschen christlichen Menschen willen, aber wir wollen deshalb auf die Wiederherstellung der abendländischen Einheit nicht verzichten! Das ist in unserer Schau das Wesentliche, daß wir uns unserer christlich-abendländischen Verpflichtung bewußt bleiben, und daß wir aus diesem wachen Bewußtsein dem asiatischen Untier des antichristlichen Bolschewismus ein: Bis hierher und nicht weiter! entgegenrufen.

Hier liegt, wenn auch im kleineren Raume, die säkulare Aufgabe, die das christliche Volk im Westen Deutschlands und seine einzig mögliche Repräsentanz, die CDU/CSU, zu lösen hat. Es kann sie niemals lösen, wenn es aus nationalistischen Gründen, aus Gründen der Opportunität und des persönlichen Vorteils oder gar aus eng begrenzten konfessionellen Gründen immer wieder auseinandergerissen und gegeneinander gehetzt und die Duldsamkeit mit Füßen getreten wird. Beide Volksteile — Protestanten und Katholiken — sind aufgerufen, in gegenseitiger Achtung und in echt christlicher Toleranz an dem großen Werk der inneren und der äußeren Einigung mitzuarbeiten. Das Hitlerregime hat — ungewollt — diese Einigung zuwege gebracht; wer weiß, wann wir sie — wir alle! — zu erproben haben!

#### A IV 7 i Flüchtlingsorganisation

## Flüchtlinge lehnen Goetzendorff ab

Das würdelose Benehmen des MdB. Goetzendorff, der unlängst im Bundestag den CDU-Abg. Bodensteiner ohrfeigte, hat dem sehr umstrittenen Volksvertreter nur bei den Kommunisten Sympathien eingebracht. Schon als Vorsitzender des „Notparlaments“ der bayerischen Flüchtlinge hatte er mit seiner Hungerstreikdrohung und dem geplanten Flüchtlingsmarsch nach München bewiesen, daß es ihm allein auf die Radikalisierung der Heimatvertriebenen ankommt. Das Gerücht, daß dieses Vorhaben mit Geldern aus der Ostzone finanziert werden sollte, ist seitdem nicht verstimmt. Es hat vielmehr durch die an Goetzendorff ergangene Einladung der FDJ, einer SED-Massenorganisation, auf einer Vortragsreise durch die Sowjetzone seine in Bonn gesammelten politischen Erkenntnisse und Erfahrungen breitesten Kreisen zur Kenntnis zu bringen, neuen Auftrieb erhalten.

Nach dem französischen Wort „Les extrêmes se touchent“ schließt sich damit der Kreis der politischen Ideologien jenes 33jährigen Volksvertreters, der mitten im Geiste des Nationalsozialismus aufgewachsen und erzogen ist. Dem ehemaligen Hitler-Jugend-Bannführer aus der Breslauer Gebiets-

führung muß es naturgemäß schwer fallen, sich heutzutage gesittet und vorschriftsmäßig in besserer Gesellschaft auf dem Parkett der Demokratie zu bewegen. Er nahm auch nach Kriegsende wenig Gelegenheit, das zu lernen. Nach bewährter Methode baute er den Neubürger-Bund in Bayern autoritär auf und behielt dessen Führung diktatorisch in der Hand. Er gehörte zunächst dem Redaktionsstab einer Lizenz-Zeitung an, heute fungiert er als Chefredakteur seiner eigenen Flüchtlingszeitung, mit der er einiges Geld zu verdienen scheint. Nicht nur dem CDU-Abgeordneten Bodensteiner fiel es auf, daß Goetzendorff einen Aufwand betreibt, der zu einem Flüchtlingsvertreter besonders schlecht paßt. Goetzendorff scheint einen Lebenswandel zu führen, wie man sich ihn in gewissen Führerkreisen der HJ wohl vorstellte, wenn man einmal oben sitzen würde. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ berichtete sicher nicht ohne Grund, daß Goetzendorff auch in verschiedenen Bonner Nachtlokalen schon mehrfach in Raufereien verwickelt war.

Wie Goetzendorff in niederbayerischen Flüchtlingskreisen beurteilt wird, erhellt aus folgender Entschliebung des Be-



zirksvorstandes der Union der Ausgewiesenen in der CSU vom 12. Februar:

„Einstimmig und schärfstens mißbilligt der Bezirksvorstand der Union der Ausgewiesenen in Niederbayern die Bogen's Erklärungen und das Verhalten des Vorsitzenden des Neubürgerbundes Günther Goetzendorff. Ein solches Auftreten gefährdet ernstlich die organische Eingliederung der

Heimatvertriebenen und führt zwangsläufig zu einer Radikalisierung der Ausgewiesenen und Einheimischen. Ein Mann, von dem sich seine besten und engsten Mitarbeiter sowie zahlreiche seiner bisherigen Anhänger wegen seines Verhaltens im privaten und öffentlichen Leben distanzieren, hat das Recht verwirkt, sich zum Sprecher der Heimatvertriebenen aufzuwerfen.“

#### A IV 12 ERP

##### Adenauers Bekenntnis zu Europa

Auf eine an führende westeuropäische Staatsmänner gerichtete Rundfrage des Vorsitzenden des US-Ausschusses für ein Vereinigtes Europa, General Donovan, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer ein eindeutiges Bekenntnis zur europäischen Einheit abgegeben. In seiner Antwort heißt es: „Deutschland ersehnt aus vollem Herzen die Einigung Europas, denn es ist sich bewußt, daß das Schicksal aller europäischen Nationen und nicht die Interessen einzelner Staaten auf dem Spiele stehen.“ Dr. Adenauer unterstrich die Bereitschaft Deutschlands, jederzeit die erforderlichen Opfer zur Verwirklichung der europäischen Einheit zu bringen. Der Bund wird die Errichtung eines zentralen Verrechnungssystems aller europäischen Länder an Stelle zweiseitiger Zahlungsabkommen unterstützen und widersetzt sich nach den Worten des Kanzlers störenden Importquoten und der Blockierung von Krediten. Dr. Adenauer bedauerte, daß es „noch immer eine negative Haltung gegenüber der wirtschaftlichen Vertretung Europas gibt“. Er hob hervor, daß Deutschland gezeigt habe, „wie der Boden für neue Gedanken vorbereitet werden kann, die die Staaten vereinigen und zu neuen Rechtsformen und Rechtsbegriffen führen“.

#### A II e 4 Bundestag

##### Zur Frage der Doppelmandate

Der Bundeskanzler hat in seiner Bochumer Rede vom 12. Februar an dem Verhalten eines Bundesratsmitgliedes, das zugleich Bundestagsabgeordneter ist, Kritik geübt und zur Klärung dieser Doppelmandate eine Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes für notwendig erachtet. Es ist unausbleiblich, daß der Bundestagsabgeordnete, der als Vertreter einer Partei gewählt wurde, im Bundestag eine andere Einstellung vertritt, als etwa die, die er als Landesminister in seiner Eigenschaft als Mitglied des Bundesrates einnimmt. Schon aus diesem Grunde erscheint es notwendig, hier eine klare Scheidung vorzunehmen. Nicht ohne Grund wird immer wieder die Forderung erhoben, daß der Grundsatz von der Trennung der Gewalten in den Behörden respektiert wird. Er sollte mit der gleichen Konsequenz auch auf alle Volksvertreter Anwendung finden. Es ist durchaus der Fall denkbar, daß ein Landtagsabgeordneter zugleich Landesminister, Bundestagsabgeordneter und Bundesratsvertreter ist. Diese Kumulation führt notwendigerweise, vor allem im Verhältnis zwischen Land und Bund, zu Interessenkollisionen, die weder dem Ansehen des Einzelnen noch der Sache dienlich sind. Genau so wenig halten wir es für vertretbar, daß Landtagsabgeordnete zugleich im Bundestag ein Mandat ausüben und umgekehrt. Wir stimmen daher dem Beschluß der CDU von Nordrhein-Westfalen zu, daß Abgeordnete des Bundestages bei der nächsten Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nicht mehr kandidieren dürfen. Landräte und Oberbürgermeister sollen hier nur noch mit ausdrücklicher Genehmigung der CDU ein Landtagsmandat übernehmen.

#### A II e 4 Bundestag

##### Vereinfachte Ausschußarbeit

Die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag hat beschlossen, für eine Reduzierung der Bundestagsausschüsse einzutreten und einen dahingehenden Antrag im Plenum einzubringen. Falls, wie anzunehmen ist, die beiden anderen Regierungsparteien sich diesem Antrag anschließen, wäre damit eine der trübsten Quellen verstopft, die in zunehmendem Maße zu einer Lähmung der gesetzgeberischen Arbeit geführt haben. Die Vielzahl der vorhandenen Ausschüsse — es sind deren zur Zeit 38! — hat schon seit längerer Zeit den flotten Ablauf der praktischen Arbeit erschwert und die Abgeordneten über Gebühr in Anspruch genommen. Wir könnten uns vorstellen, daß für jedes Sachgebiet eines Ministeriums ein Ausschuß ausreichen würde. Dem Plenum bleibt es dann immer noch vorbehalten, für besondere Fragen im Bedarfsfalle Unterausschüsse einzusetzen.

#### A III 4 NEI

##### Zusammenkunft christlicher Politiker

Internationale Politiker der christlich-demokratischen Parteien, die sich in der Nouvelles Epiqués Internationales (NEJ) zusammengeschlossen haben, trafen sich in Genf zur Erörterung von Problemen der europäischen Zusammenarbeit. Aus der westdeutschen Bundesrepublik nahmen an den Besprechungen teil der Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Heinrich von Brentano sowie die Bundesminister Lukaschek, Schäffer und Niklas. Deutscherseits wurde vor allem betont, daß das Vertriebenenproblem nur auf größerer Ebene gelöst werden könne und daß die Möglichkeiten Deutschlands hierzu nicht ausreichen. Die ausländischen Teilnehmer haben dem deutschen Standpunkt weitgehend Verständnis entgegengebracht. Der Eintritt Deutschlands in den Europarat war entgegen anderslautenden Meldungen nicht Gegenstand der Beratungen, weil die NEI hierfür nicht zuständig ist.

#### C b Landesparteien

##### Delegiertentagung der CSU Oberfranken

Der Bezirksverband Oberfranken der CSU faßte auf einer in Kulmbach abgehaltenen, sehr stark besuchten außerordentlichen Bezirksversammlung eine Resolution, in der gefordert wird, die Zusammenarbeit zwischen den Parteigremien und den Mandatsträgern sowohl auf der Kreis-, Bezirks- und Landesebene in Zukunft noch enger zu gestalten, um damit eine Förderung der grundsätzlichen Ziele der CSU in noch stärkerem Maße zu erreichen. Die Bezirksversammlung beschloß ferner eine gesteigerte Versammlungstätigkeit in den kommenden Wochen und hat zu diesem Zweck eine Reihe führender Persönlichkeiten des Bundes und des Landes nach Oberfranken eingeladen. In einer mehrstündigen Aussprache, in der auch Fragen des organisatorischen Aufbaues und der finanziellen Stärkung der Partei behandelt wurden, kam der Wille der Delegierten zum Ausdruck, mit aller Kraft und mit unerschütterlicher Treue die Ideale der Partei zu verfolgen und die CSU in Oberfranken weiter zu festigen. Die ordentliche Bezirksversammlung mit den satzungsmäßigen Neuwahlen findet am 22. April in München statt. Mit ihr soll eine öffentliche Kundgebung und eine kommunalpolitische Tagung verbunden werden.

#### C b Landesparteien

##### Aus dem Landesverband Berlin

Die Meinungsverschiedenheiten, die in der letzten Zeit innerhalb der Berliner CDU über gewisse Fragen aufgetreten sind, wurden in einer freimütigen Aussprache der Vorsitzenden des Landesverbandes, Dr. Walther Schreiber und Dr. Robert Tillmanns, mit den Mitgliedern des sozialpolitischen Ausschusses, Heinrich Kreil und Eduard Bernoth, bereinigt. Es besteht volle Übereinstimmung darüber, daß die soziale Grundlinie der CDU in der praktischen politischen Arbeit verwirklicht werden muß. Unbeschadet ihrer Entscheidungsfreiheit wird die CDU mit der demokratischen Gewerkschaftsbewegung einen freundschaftlichen Meinungsaustausch in allen Fragen pflegen, die in den gewerkschaftlichen Wirkungsbereich fallen und der parlamentarischen Entscheidung unterliegen. Heinrich Kreil, der zugleich geschäftsführendes Vorsandsmitglied der UGO ist, hat den Vorsitz im Sozialpolitischen Ausschuß des Landesverbandes wieder übernommen, um die soziale Aufgabe der Partei im Sinne der Oberhausener Beschlüsse der CDU/CSU Deutschlands mitzugestalten — Prof. Landsberg hat im Einvernehmen mit dem Landesvorstand sein Amt als Fraktionsvorsitzender in der Berliner Stadtvertretung und den Vorsitz des kommunalpolitischen Ausschusses niedergelegt.



**A VI Sowj. bes. Zone****Kardinal Preysing gegen Nationale Front**

Einen deutlichen Trennungsstrich zwischen der Nationalen Front und dem katholischen Klerus hat der Berliner Bischof, Kardinal Graf von Preysing, gezogen. Er hat die Versuche der SED, Geistliche für die Mitarbeit zu gewinnen, mit einem Verbot des Beitritts beantwortet. In dem Rundschreiben heißt es, es sei für einen katholischen Priester mit Ehre und Wahrheit unvereinbar, daß er seinen Namen und Stand für die parteipolitischen Ziele der SED mißbrauchen lasse. Wörtlich heißt es: „Ein Priester, der an der Nationalen Front mitarbeitet, dient nicht einem patriotischen Anliegen, er läßt sich vielmehr für die Bestrebungen in Dienst nehmen, die die sich immer mehr durchsetzende Einheitsdiktatur auf unser ganzes Vaterland ausdehnen wollen.“ Der Priester dürfe sich daher an keinerlei Aktionen beteiligen, die, wenn auch getarnt, Kirchenfeinden Vorschub leisteten. Kardinal Preysing weist schließlich auf die unbestreitbare Tatsache hin, daß „die Glaubens- und Gewissensfreiheit im Gebiet der deutschen demokratischen Republik unterdrückt wird“.

Im Anschluß an diese Erklärung erinnert das evangelische Konsistorium für Berlin und das Land Brandenburg daran, daß es bereits vor zwei Jahren gegenüber Marschall Sokolowski das Verbot der politischen Betätigung für die evangelischen Geistlichen zum Ausdruck gebracht habe. — Otto Nuschke bezeichnete die Warnung des Kardinals Preysing als einen „ernsten politischen Fehler“ und als „eine Diffamierung der Katholiken in der Nationalen Front“. Die SED erklärt, der Kardinal habe nun seine proimperialistische Gesinnung und seine innere Verbundenheit mit Wallstreet enthüllt.

**A V g Rheinland-Pfalz****Rheinland-Pfalz bereitet Wohnungsbau vor**

Die CDU-Fraktion des Landtages Rheinland-Pfalz befaßte sich auf einer Arbeitstagung u. a. mit dem Wohnungsproblem im Zusammenhang mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung und der beabsichtigten Aufhebung der rheinisch-pfälzischen Wohnungsbauabgabe zum 31. März. Dabei wurde eine neue Sonderbelastung für das Land, gleich in welcher Form, einhellig abgelehnt. Demgegenüber war die Fraktion einstimmig der Ueberzeugung, daß der Wohnungsbau unter Einsatz der vom Bund zu erwartenden Mittel unter allen Umständen gefördert werden muß. Entsprechende Vorkehrungen sollen unverzüglich im gesamten Lande, insbesondere auch in den Gemeinden, bei den Wohnungsbau-Gesellschaften und den Staatsbehörden getroffen werden, damit sofort nach dem Eintreffen der Bundesmittel mit dem Bau begonnen werden kann. Dazu gehört neben den technischen Voraussetzungen die rechtzeitige Bereitstellung von Baugelände zu günstigen Bedingungen. Ein schablonenmäßiger Wohnungsbau darf ebenso wenig erfolgen wie die Fraktion eine staatliche Zentralisierung als unerwünscht betrachtet. Die Fraktion setzte einen Sachverständigenausschuß ein, der die gesamten Probleme im Hinblick auf den Entwurf des Bundestages überprüfen soll.

**A V c Hamburg****Neuer Verfassungsentwurf in Hamburg**

Der Senat der Stadt Hamburg hat der Bürgerschaft einen neuen Verfassungsentwurf vorgelegt, den dritten seiner Art nach Kriegsende. Der im Januar 1948 eingebrachte Entwurf kam in der Volksvertretung nicht mehr zur Aussprache, weil inzwischen die Arbeit am Grundgesetz der Bundesrepublik aufgenommen wurde. Der zweite Entwurf erreichte zwar den Ausschuß, wurde aber wegen der Neuwahlen im Oktober 1949 dem Plenum nicht mehr zugeleitet. Abweichend von anderen deutschen Länderverfassungen enthält der dritte Entwurf in Ergänzung des Grundgesetzes einige Bestimmungen über Wirtschaft und Arbeit. Die Wirtschaft hat demnach „allgemein dem Wohl des Volkes zu dienen und die Befriedigung seines Bedarfs zu erstreben“. Verboten ist die Anhäufung wirtschaftlicher Macht in privater Hand, wenn dadurch die Freiheit des Wettbewerbs gefährdet wird. In solchen Fällen ist die Ueberführung in Gemeineigentum im Anschluß an Artikel 15 des Grundgesetzes möglich.

**C c Ausschüsse****Arbeitnehmergruppe der CSU Nürnberg**

In der Generalversammlung der Arbeitnehmergruppe der CSU Nürnberg sprach der Präsident des württembergisch-badischen Landtages, Kal Gengler, Tübingen, zu den Forderungen der christlich-sozialen Arbeitnehmer in Bezug auf die Wiederherstellung des Selbstverwaltungsrechts in der Sozialversicherung. Er forderte die gleichberechtigte Mitbestimmung der Arbeitnehmer in allen Zweigen der Sozialversicherung und für die Krankenkassen. Das Prinzip des freien Leistungswettbewerbes. Eine Einheitsversicherung ostzonaler Prägung wurde entschieden abgelehnt. Die Arbeitnehmergruppe wird auch in diesem Jahre die erfolgreiche Aufklärungs- und Bildungsarbeit durch Abhaltung von arbeitsrechtlichen, sozialpolitischen und volkswirtschaftlichen Kursen fortsetzen.

**I d Junge Union****Landesvorstandssitzung der JU Hessen**

Unter dem Vorsitz des Landesleiters, MdB. Willy Massoth, tritt der Landesvorstand der hessischen JU am 4./5. März in Hofheim (Taunus) zu einer Tagung zusammen. Sie wird sich unter anderem mit den Fragen der Remilitarisierung, des Arbeitsdienstes, der hessischen Koalition und der Kulturpolitik befassen.

**C d Junge Union****Förderung des Wohnungsbaues**

Ein von der JU Stuttgart veranstaltetes Jugendforum sprach sich in einer Entschliebung für den verstärkten Wohnungsbau in Stuttgart aus. Von Gemeinderat und Stadtverwaltung wird erwartet, daß die für die Soforthilfe bereitgestellten und noch bereitzustellenden Gelder aus der Substanz des städtischen fiskalischen Vermögens geleistet und die dadurch freiwerdenden Einnahmen dem genossenschaftlichen Wohnungsbau zugeleitet werden. Es sei, so wird hervorgehoben, sozial untragbar und den Interessen der Kriegsgeschädigten, Heimatvertriebenen und Währungsgeschädigten zuwiderlaufend, daß die Stadt nicht nur nicht ärmer wird, wie jeder einzelne Bürger, sondern ihr Vermögen auf Kosten des Bürgers erhält, ja sogar noch zu vermehren bestrebt ist.

**C d Junge Union****JU für Verwaltungsvereinfachung**

Die Landesvorstandssitzung der JU des Landesverbandes Hannover faßte folgende Entschliebung: „Nach Auffassung der JU in der CDU kann es dem deutschen Staatsbürger auf die Dauer nicht zugemutet werden, daß die durch den überspitzten Föderalismus gebildeten zahlreichen Länderministerien weiter in diesem Umfange aufrecht erhalten werden. Im Durchschnitt hat jedes der elf westdeutschen Länder einen Ministerpräsidenten und zehn Minister und die dazu gehörigen Staatssekretäre. Nach unserer Auffassung müßte es möglich sein, die Länder von Direktorien führen zu lassen mit einem Oberdirektor an der Spitze und vier bis fünf notwendigen Unterabteilungen. Es will uns scheinen, daß die Länderministerien infolge erheblicher personeller Ueberbesetzung mehr Verwaltungsgeschäfte übernommen haben als erforderlich ist. Es müßte das höchste Gebot sein, die Länderverwaltungen so einfach und sparsam wie möglich zu halten, weil sonst das Ansehen der Demokratie durch jede unnötige Ausgabe von Steuergeldern geschädigt wird.“

**Es wird sich leider nicht vermeiden lassen,**

in den nächsten Tagen diejenigen Bezieher, die bisher für das 1. Vierteljahr noch keinen Betrag eingekassiert haben, mit einem direkten Schreiben zur Zahlung aufzufordern.

Sollte sich die Zusendung der Mahnung mit Ihrer Zahlung zeitlich überschneiden, bitten wir, unser — für uns auch nicht angenehmes, aber leider notwendiges — Mahnschreiben als gegenstandslos zu betrachten. Auf jeden Fall notieren Sie bitte in Ihrem Kalender:

**„Ultimo, DM 4,89 Bezugsgebühren für UNION IN DEUTSCHLAND sofort einzahlen auf: Postscheckkonto Arbeitsgemeinschaft CDU/CSU, Frankfurt am Main Nr. 39967.“**

Durch umgehende Begleichung unserer Abonnementsrechnung ersparen Sie sich und uns Kosten und Arbeit, da wir gezwungen sind, einen Teil der Kosten für Porto und Mahnbearbeitung mit DM —,11, so daß DM 5,— zu zahlen wären, in Rechnung zu stellen.